Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 27 (1980)

Heft: 10

Artikel: Die USA sagen ja zur Evakuation : Fragen und Antworten zur amerikanischen Krisen-Umsiedlungsplanung = KUP = Crisis Relocation Planning = CRP

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-366879

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die USA sagen ja zur Evakuation

Fragen und Antworten zur amerikanischen Krisen-Umsiedlungsplanung = KUP = Crisis Relocation Planning = CRP

Aus: Informationsbulletin des Bundesamtes für Zivile Bereitschaft – April 1979

Vorwort der Redaktion
Wd – Das nachfolgende «Frage- und Antwortspiel» gründet sich auf eine bereits im August 1978 vom obengenannten Bundesamt herausgegebene Version, die den regionalen Zivilverteidigungs-Hauptquartieren und den entsprechenden staatlichen ZV-Stellen zum Studium und als Informationsunterlage (auch für die Vertreter der Medien und andere Interessierte) empfohlen wird. Obwohl in der schweizerischen ZS-Konzeption die Evakuation bekanntlich aus grundsätzlichen Überlegungen nicht vorgesehen ist, dürften die amerikanischen Überlegungen auch für uns recht aufschlussreich sein. Man darf auch nicht vergessen, dass die Ausgangslage in den USA (36mal grössere Bevölkerung als in der Schweiz, nukleare Bedrohung, riesige Ausweichflächen, Motorisierung usw.) von der unsrigen sehr verschieden ist. Im übrigen stützen sich die Antworten auf folgende Vorgänge, politische Entscheidungen und Interviews:

- Diskussion kürzlicher Regierungsstudien über die ZV (Fragen 4 und 5)
- Entscheidung des Präsidenten Nr. 41 über die ZV (6)
- Fragen betreffend das Finanzjahr und Budget 1978 (7)
- Ansichten des Bürgermeisters von Fort Worth und des ZV-Direktors von Arizona zur Verlegungsplanung anlässlich der Senat-Hearings vom Januar 1979 (32)
- Resultate der nationalen Meinungsumfrage über die Krisen-Umsiedlung und andere ZV-Fragen (39–42)
- Nukleare ZS-Planung und unterstützende Systeme unter dem erweiterten ZV-Programm, empfohlen durch den Verteidigungsminister (50–52)
- Mögliche Planung des Betriebsschutzes (55)
- Diskussion der durch Präsident Kennedy aufgeworfenen ZV-Fragen, inklusive Krisen-Umsiedlung anlässlich der Kuba-Raketenkrise (aus einem Interview mit dem früheren Stellvertretenden Verteidigungsminister für ZV Steuart Pittman von 1978 (59)

(Anmerkung des Übersetzers: Gewisse Fragen und Antworten haben wir aus Kürzungsgründen und wo schon Bekanntes wiederholt wird, weggelassen oder als geraffte Zusammenfassung wiedergegeben. Aus diesen Gründen fällt die fortlaufende Numerierung manchmal weg.)

1. Frage: Was heisst Krisen-Umsiedlungsplanung?
Antwort: Krisen-Umsiedlungsplanung (KUP) ist ein Plan zur Umsiedlung von Menschen aus grösseren Städten und andern möglichen Risikogebieten während einer Krise, die zu einem nuklearen Angriff auf dieses Land (USA) eskalieren könnte.

2. F: Warum werden solche Pläne entwickelt?
A: Das Prinzip ist einfach. Nur ein kleiner Anteil des totalen Landgebietes der USA umfasst das überbaute Gebiet der grösseren Städte oder in Gebieten in der Nähe militärischer Anlagen. Aber in diesen möglichen Risikogebieten leben etwa zwei Drittel unserer Bewohner, Gebiete, die im Falle eines Grossangriffs auf die USA die Druck- und Hitzewirkung nuklearer Waffen erleiden müssten.
Das beste Mittel gegen eine detonierende Nuklearwaffe ist eine grosse Entfernung (z. B. 20 km) vom Explosionspunkt. Darum ist es vorsichtig, eine Möglichkeit zu studieren, die Leute, sofern Zeit und Umstände es erlauben, aus dem Risikogebiet zu entfernen.
Wir glauben, die meisten Leute würden davon Gebrauch machen. Viele würden wahrscheinlich sogar auf eigene Faust evakuieren, sofern die Lage sehr ernst wäre. ZV-Fachleute des Staates und der Städte sind auch der Ansicht, dass eine Bevölkerungsverlegung sinnvoll ist.

3. F: Glauben Sie also, dass eine internationale Krise von solch beispielloser Schwere wahrscheinlich ist?
A: Gar nicht. Wir hoffen im Gegenteil, dass sie nie eintreten werde. Wir zitieren hier aus dem Jahresbericht des Verteidigungsministers an den Kongress vom Januar 1979:
«Seit 1945 wurde keine Nuklearwaffe mehr im Kampf verwendet. Ein zweiseitiger Nuklearkrieg wurde nie mehr ausgetragen. Allgemein wird angenommen, dass ein nuklearer Angriff auf die USA oder ihre Alliierten wenig wahrscheinlich ist. Es steht aber auch fest, dass die Folgen eines nuklearen Waffenaustausches so fürchterlich wären, dass wir jederzeit strategische Kräfte haben müssen, um diese Möglichkeit so klein wie nur denkbar zu halten, solange eine vollständige und überprüfbare nukleare Abrüstung fehlt.»
. . . Niemand kann die Zukunft mit Sicherheit voraussagen oder garantieren, dass eine internationale Krise nie eintreten werde. Ist es daher nicht am besten, unsere Bevölkerung rechtzeitig zu schützen bzw. die nötigen Vorbereitungen zu treffen?

4. F: Wurden Regierungsstudien mit Bezug auf die ZV gemacht?
A: Ja, von 1976 bis 1978. Eine bezog sich auf die russische Zivilverteidigung. Eine andere des Büros des Verteidigungsministers befasste sich mit der Durchführbarkeit, den Kosten und dem Nutzen eines möglichen ZV-Spektrums mit Programmen. Das reichte von keinem Programm über das heutige Programm zu einem KUP-Programm bis zu einem Programm des Baues von Schutzräumen in grösseren Städten und solchen gegen radioaktiven Ausfall anderswo. Ferner unternahm der Nationale Sicherheitsrat 1977/78 eine Studie über die amerikanischen ZV-Vorhaben und Programme, unter Einbezug der russischen ZV-Anstrengungen und der strategischen Folgerungen.

5. F: Wie war das Resultat der Studie des Verteidigungsministeriums?
A: Es lautete, dass ein schwerer Angriff Mitte der achtziger Jahre auf militärische und städtische/industrielle Ziele *ohne ZV* das Überleben von etwa 20 %, *mit dem heutigen ZV-Programm* ein Überleben von etwa 30 % zur Folge hätte. Dagegen würde

eine möglichst vernünftige (aber nicht perfekte) Krisenumsiedlung mehr als 80 % der Bevölkerung vor dem Tode bewahren, so wie dies auch ein viel kostspieligeres örtliches Schutzraum-Bauprogramm täte.
Die Unterschiede zwischen KUP und Schutzraumsystem liegen bei den Kosten, beim Zeitaufwand ab Warnung der Bevölkerung und den Unsicherheiten anderer Art. Ein SR-System dürfte mehr als 100 Milliarden Dollar kosten, aber die Stadtbevölkerungen könnten innert Minuten Schutz finden. Ein KUP würde in Friedenszeiten viel weniger kosten und könnte fast so gut funktionieren, vorausgesetzt, dass
- die benötigte Woche oder mehr zur Ausführung vorhanden ist,
- dass eine zeitgerechte Entscheidung gefällt wird,
- dass die meisten Leute bei der Evakuation gut mitmachen,
- dass viele andere Operationen nicht perfekt, aber leidlich gut abliefen, wie zum Beispiel Krisenmassnahmen für den AC-Schutz für die Evakuierten in den Aufnahmegebieten.

Das billigere KUP weist also mehr Unsicherheiten auf als das SR-System.
. . . Basierend auf der Studie entschied der Verteidigungsminister, die Programmalternative mit der Variante KUP zu verwirklichen, vorbehältlich der Budgetberatungen. Das Resultat sollte bei einem Grossangriff Mitte der achtziger Jahre wenigstens zwei Drittel der Bevölkerung das Überleben sichern, sofern wenigstens eine Woche für die Vorbereitung und Ausführung zur Verfügung stehen würde. Die jährlichen Kosten beliefen sich durchschnittlich auf rund 410 Mio. Dollar von 1980 bis 1984.

6. F: Wie ist die ZV-Politik der Verwaltung, inklusive KUP?
A: Aufgrund der erwähnten Studie entschied der Präsident, dass eine ZV-Politik aufgrund der folgenden Richtlinien verfolgt werde:
– Steigerung der Überlebensfähigkeit des amerikanischen Volkes und seiner Führung im Falle eines Nuklearkrieges, wobei die Basis für eine spätere Erholung wie auch für eine Verminderung der Verletzbarkeit gegenüber einem grösseren russischen Angriff verstärkt werden sollte.
– Das ZV-Programm sollte die Abschreckung und die Stabilität vergrössern und dazu beitragen, das gesamte strategische Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR besser wahrzunehmen sowie die Festigkeit in Krisenlagen zu stärken. Ferner sollte es die Möglichkeit verkleinern, dass die Russen uns in Zeiten erhöhter Spannung erpressen können.
– Die ZV-Politik darf die amerikanische Auffassung nicht verändern, wonach die USA sich auf die strategischen Nuklearkräfte verlassen, dies als Schwergewichtsfaktor bei der Aufrechterhaltung der Abschreckung.
– Das Programm muss die Planung für eine Umsiedlung der Bevölkerung (KUP) in Zeiten einer internationalen Krise enthalten. Es muss auch für den Fall natürlicher und anderer Katastrophen in Friedenszeiten anpassungsfähig sein.
Die Entscheidung des Präsidenten erfordert kein neues Blitzprogramm. Vielmehr braucht es nur eine bescheidene Erhöhung der Zuteilung der Ressourcen und wird so eine allmähliche Steigerung der amerikanischen ZV zur Folge haben. Knappe Hilfsmittel und -güter müssen, unter Ausnützung der Gemeinsamkeiten, bei der Planung und bei den Gegenmassnahmen im Frieden und bei einem Angriff auf allen Regierungsstufen eingesetzt werden.
In der Folge wird erwähnt, dass für das Finanzjahr 1980 ein Budgetbetrag von rund 109 Mio. Dollar für die Verwirklichung des Präsidialentscheides und Minister Browns Programm eingesetzt würden. Ab 1981 soll die KUP beschleunigt betrieben werden.

8. F: Wie viele Menschen leben in den sogenannten Risikogebieten?
A: Etwa zwei Drittel unserer Bevölkerung, das heisst etwa 135 bis 140 Millionen.

9. F: Wie viele Menschen könnten überleben, wenn die KUP in der ganzen Nation durchgeführt würde?
A: Die bereits erwähnte Studie zeigte, dass bei einer guten, jedoch nicht vollkommenen Umsiedlung (Evakuation) etwa 80 % überleben könnten, dies bei der Annahme eines Grossangriffes auf Städte und militärische Anlagen, also ungefähr 180 Millionen Menschen.
In solchen Studien nimmt man gewöhnlich an, dass etwa vier Fünftel der Bevölkerung in den gefährdeten Gebieten umsiedeln würden und dass dann der AC-Schutz für die Evakuierten in den umliegenden Aufnahmegebieten («Gastgebergebieten») ausgebaut würde. Sollten mehr Leute evakuieren und Schutz finden, würde dieser Ansatz ansteigen, oder umgekehrt.

10. F: Wieviel Zeit würde die Umsiedlung erfordern?
A: Weniger für die kleineren Orte, mehr für die grössten. Aus fast allen Orten der USA drei Tage oder weniger. Aus New York einen Tag mehr; Los Angeles und San Francisco vier Tage mehr, bis die letzten evakuiert wären.
Schätzungen und Annahmen: Beruhen auf Verkehrs- und Transportstudien und vielen andern realen Faktoren zur Zeit der Umsiedlung. Eine wichtige Annahme ist, dass 100 % der Leute der Risikogebiete evakuieren. Es ist auch wahrscheinlich, dass recht viele Menschen schon frühzeitig aus eigener Initiative abreisen würden, aber auch, dass eine beträchtliche Anzahl trotz behördlicher Aufforderung *nicht* evakuieren würden. Alles das würde die Zeitspanne verkürzen.

Anderseits würde eine Nichtbefolgung der Pläne in den Staaten und Gemeinden durch deren Behörden und Bewohner den Zeitaufwand entsprechend vergrössern.

Eine wichtige Voraussetzung bleibt, dass eine seriöse Planung stattfindet bzw. dass die Staaten und die lokalen Behörden genau wissen, was zu tun ist. So sind also die Zeitschätzungen eben bestmögliche Schätzungen und nicht mehr. Eine KU (Krisen-Umsiedlung) wird immer von guter Planungsarbeit und andern Vorarbeiten, die noch nicht vorgenommen wurden, abhängen.
Niemand kann sicher sagen, dass vor einer KU die benötigten drei Tage Zeit zur Verfügung stünden. Man kann aber als fast sicher annehmen, dass vor einem nuklearen Angriff auf die USA eine intensive internationale Spannungslage vorläge und der Angriff nicht als «Blitz aus heiterem Himmel» käme.

Sollten die Russen ihre eigenen Evakuationsvorhaben in die Tat umsetzen (wobei sie ihre Opfer um etwa 100 Millionen Menschen zu vermindern hoffen), brauchten sie dazu mindestens eine Woche. Das wiederum gäbe der USA die benötigte Frist.

12. F: Was geschieht, wenn die nötige Zeit nicht zur Verfügung steht, oder wenn der Evakuationsbefehl nicht durchkommt?
A: Die KUP ist nur *eine* Variante des «Nuklearen Zivilschutzes». Die andere besteht im Schutz «an Ort», das heisst in Untergeschossen, in oder in der Nähe der Häuser, Schulen oder Arbeitsplätze usw.
Die nationale Schutzraumerhebung ergab, dass geschützter Raum für mehr als 230 Millionen Menschen in

bestehenden grösseren Gebäuden vorhanden ist, also für mehr Leute als Einwohner. Davon besteht jedoch ein Überschuss in den Stadtzentren und ein Defizit in den Wohnvierteln, in den kleineren Städten und auf dem Lande.
Insgesamt hat etwa ein Drittel der Bevölkerung mehr oder weniger guten Zugang zu Schutzräumen in nahegelegenen grösseren Gebäuden. Viel mehr Leute – besonders im Norden – besitzen Untergeschosse (Basements) in ihren Häusern. Die grösseren Gebäude bieten guten Schutz gegen Verstrahlung und die Untergeschosse in solchen Gebäuden einigen Schutz gegen die Sprengwirkung (Explosionsdruck). Die «basements» in den Privathäusern bieten diesbezüglich einen geringeren Schutz.
Diese Art Schutz müsste in Betracht gezogen werden, wenn die KU, aus welchen Gründen auch immer, ausfallen würde. Man muss jedoch daran denken, dass der Schutz in *bestehenden* Bauten nicht die lebensrettende Wirkung einer KU hat. Ein gut funktionierender «an Ort»-Schutz könnte heute etwa die halbe amerikanische Bevölkerung – etwa 110 Millionen – retten, auch in einem Grossangriff auf Städte und militärische Anlagen. Diese Zahl ginge bei fortschreitender Zeit und wachsender Bedrohung zurück. Bei einem schweren Angriff Mitte der achtziger Jahre könnten sich etwa 30 bis 40 % der Bewohner retten, wenn sie an Ort geschützt wären, während mit einer guten, aber nicht perfekten KU *vor* dem Angriff etwa 80 % überleben dürften.

13. F: Wie steht es mit dem Schutzraumbau in Städten?
A: Dadurch könnten etwa 90 % überleben, und es würden anstatt Tage nur Minuten oder Stunden zur Rettung benötigt. Beispiele für dieses System sind die Schweiz, Schweden und Finnland. Russland scheint mehr als 15 000 Schutzräume zu besitzen, um 10 bis 20 % seiner Bevölkerung in Städten über 100 000 Einwohner zu schützen. In Amerika wurde Derartiges nie vorgesehen. Es wäre wirtschaftlich auch kaum tragbar, da dafür Kosten von rund 60 Mrd. Dollar berechnet wurden. Diese Riesensumme könnte eher in anderen strategischen Systemen offensiver oder defensiver Art mehr zur nationalen Sicherheit beitragen. Die KUP verursacht bescheidenere Kosten, welche bis zur Ausführung zurückgestellt werden könnten.
Zusammenfassung der Fragen 14–16: Aus eingetretenen Krisen in England, Deutschland und andern Ländern (Wirbelstürme, Überschwemmungen, drohende Kriegsgefahr usw.) kann man ableiten, dass die 80-Prozent-Annahme (Menschen, welche evakuieren würden) realistisch ist. *Voraussetzung wäre eine zeitgerechte und wahrheitsgetreue Information.* Aber auch dann kann niemand eine genaue Zahl garantieren. Es wird immer Leute geben, die nicht zur Abreise zu bewegen sind, vielleicht 15 bis 20 %. Es wird aber auch immer Leute geben, die aus eigenem Willen evakuieren. Zum Beispiel evakuierte die englische Regierung vom 1. bis zum 3. September 1939 1,5 Millionen Frauen und Kinder aus London. Der Krieg wurde erst am 3. September erklärt. Interessanterweise evakuierten 2 Millionen Menschen zusätzlich aus eigenem Willen, und davon wusste die Regierung überhaupt nichts! Als die Deutschen im Juni 1940 in Paris einmarschierten, waren die meisten Einwohner bereits nach dem Süden geflohen. 1944/45 hatten die meisten Ostpreussen beim Einmarsch der Russen ihr Land bereits verlassen, und dies in einem äusserst strengen Winter. Während der Kuba-Raketenkrise flohen zahlreiche Touristen aus Florida sowie auch viele Ortsansässige. Die genaue Zahl solcher Raschentschlossenen kann nur geschätzt werden; vielleicht 10 bis 30 %.

17. F: Wie steht es mit den Leuten, die kein Auto besitzen?
A: Dann sind Autobusse, Eisenbahn oder Flugzeug geplant.

18. F: Wo würden die Leute schlafen?
A: Beispiele sind Wirbelstürme, Überschwemmungen oder Eisstürme (Blizzards): Es gäbe temporäre Unterkünfte in Schulen, Kirchen, Universitäten, Rüstungsbetrieben und andern nicht ständig bewohnten Gebäuden. Die Regierung unternimmt diesbezüglich eine Bestandesaufnahme.
Die Fragen 19–21 behandeln die Ernährungsprobleme. Die Evakuierten müssten vor allem nichtverderbliche Lebensmittel mitnehmen. Ferner wären Vorräte für mehrere Tage in den Aufnahmegebieten vorhanden. Vor allem aber bestehen Pläne, um das Verteilsystem (Grosshandel–Detailhandel) zu ändern, so dass die Aufnahmegebiete bevorzugt Lebensmittel erhalten würden. Nur der Lebensmittelhandel kann diese Aufgabe lösen. Er ernährt schliesslich auch im Frieden die 215 Millionen Amerikaner. Dabei müssten auch die Lastwagenfahrer helfen und vielleicht doppelte oder noch längere Strecken zurücklegen. Ein Vorkauf und Einlagern von einfacher Notnahrung und andern Vorräten für die Evakuierten würde schätzungsweise mehr als eine halbe Milliarde Dollar kosten. Kostengünstiger ist die erwähnte Änderung des Verteilsystems.

22. F: Wie steht es mit der Gefahr der radioaktiven Verstrahlung – bestünde nicht Todesgefahr, auch wenn die Flucht aus den Städten gelänge?
A: Das hängt von zwei Faktoren ab: Wie viele Waffen würden über Grund (eher als Sprengpunkt hoch) detonieren, und wie wäre die vorherrschende Windrichtung. Es könnten also alle Gebiete der USA eine mehr oder weniger starke Verstrahlung erhalten, oder auch gar keine. Nicht in einer Stadt anwesend sein, kann Lebensrettung bedeuten, weil man nicht der Druck- und Hitzewirkung ausgesetzt wäre. Natürlich wäre es am besten, wenn *alle* Evakuierten und *alle* Bewohner der Aufnahmegebiete über einen vollen AC-Schutz verfügen würden, da über die Trefferwirkung der Nuklearwaffen nichts Sicheres vorausgesagt werden kann.
. . . In den Aufnahmegebieten («host areas») könnte man zum Beispiel auf und entlang bestehender Gebäude Erde aufschütten, also bei Schulen, Kirchen und Geschäftshäusern. Ungefähr 1 m³ Erde pro Schutzplatz sollte genügen, das sind ungefähr 100 Kessel voll. Die Zufuhr der benötigten Erde wäre ein Organisationsproblem (mit Hilfe von Speziallastwagen usw.).
Versuche haben bewiesen, dass die amerikanische Durchschnittsfamilie in kürzester Zeit 4–6 m³ Erde/Person zwecks Erstellung eines Notschutzes gegen Verstrahlung «verarbeiten» kann. Die Testfamilien wurden allerdings ziemlich hoch entschädigt. Ob dann 50, 70 oder 90 % der Betroffenen im Ernstfall auch so reagieren, kann natürlich niemand zum voraus garantieren . . .

27. F: Wie lange würde eine KU dauern?
A: Wahrscheinlich 1 bis 2 Wochen, eventuell auch länger. Ein Ernstfall würde vermutlich das Problem recht schnell der Lösung und Erledigung zuführen. Eine KU könnte unter Umständen eine Pause für (internationale) Verhandlungen zur Folge haben.

28. F: Wäre die amerikanische Wirtschaft während einer oder mehrerer Wochen vollständig lahmgelegt?
A: Nicht ganz. Die wichtigsten Aktivitäten (Polizei, Feuerwehr, Nahrungs-

mittelverteilung und -produktion, Ölraffinerien und andere wichtige Industriezweige) müssten aufrechterhalten werden. Arbeitnehmer der Schlüsselindustrien müssten zusammen mit ihren Familien in möglichst nahegelegene Aufnahmegebiete «zügeln» und in Schichten mit den Risikogebieten rotieren. In den Aufnahmegebieten müssten die Betriebe so weit als möglich voll weiterarbeiten.

Die nächsten drei Fragen betreffen Befürchtungen im Zusammenhang mit nichtwilligen Pendlern, möglichen Plünderungen und andern Gesetzlosigkeiten und Stromausfällen.

Wie bei andern kritischen Fragen kann auch hier nichts garantiert werden, da die menschlichen Reaktionen nicht voraussehbar sind. Aber nach gemachten Erfahrungen, zum Beispiel bei Katastrophen in Friedenszeit, verhalten sich die meisten Betroffenen recht «heldenhaft». Zudem würden evakuierte Schlüsselarbeiter bestmöglichen Schutz gegen Druckwirkung erhalten wie auch AC-Schutz für ihre Familien in den nahen Aufnahmegebieten. Das würde die Arbeiter moralisch motivieren, ihr Bestes zu geben. Auch Plünderungen oder asoziales Verhalten wurden bei bisherigen Hurrikanen, Springfluten, Erdbeben und andern Katastrophen sehr selten oder gar nicht beobachtet. Warum?

In Stress- und Notsituationen realisieren die Menschen im allgemeinen, dass ein kooperatives Verhalten viel mehr zu ihrem Nutzen beiträgt als Konflikt oder Kampf! Das war vielleicht schon von Jahrmillionen bei unsern Vorfahren im Kampf ums Überleben so. Kurz: Alle Studien und Statistiken zeigen, dass in Zeiten von Not und Stress, in Krieg oder Frieden das antisoziale Verhalten abnimmt, die Kriminalität sinkt, Geisteskrankheiten und Selbstmorde usw. zurückgehen.

Beim grossen Stromausfall in New York zeigten die Medien nur die unangenehmen Auswirkungen in der Stadt. Was aber alles noch «klappte» in der überwiegenden Zahl der Quartiere und in den Vororten und Nachbargemeinden – von all dem wurde nur nebenbei oder überhaupt nicht berichtet. Dort halfen die Menschen einander, regelten den Verkehr usw. Kriminelle Handlungen kamen vor, aber nicht typische für ein «Naturereignis». Es scheint, dass Katastrophen der verschiedensten Art den Menschen mehr motivieren, wie er sich schützen kann, als dem Mitmenschen Schaden zuzufügen. Vor allem ist zu unterstreichen, dass im Falle einer KU die nötigen Sicherheitsmassnahmen (Polizei, Hilfskräfte, Überwachung und dergleichen) getroffen würden, und zwar sowohl in den verlassenen wie auch in den Aufnahmegebieten.

32. F: Wie reagieren die staatlichen und örtlichen Behörden auf die KU?

A: Kurz gefasst: besser eine KU zu planen und sie nicht zu brauchen als umgekehrt! Man ist froh, dass die Regierung diese Planung unternommen hat. Schliesslich geht es um das mögliche Überleben der Nation. Dies rechtfertigt Aufwand und Einsatz allemal.

. . . Renitente Behörden lässt man «schmoren». Nach einem Jahr kommt man auf die Planung zurück, oder es geschieht unterdessen eine zivile Katastrophe, die schon manche Sinnesänderung zur Folge gehabt hat . . . Besondere Verhältnisse, wie zum Beispiel der nordöstliche Korridor Washington–Boston oder Kalifornien, erheischen besonders sorgfältige Planungsarbeiten, weil diese Gebiete sehr dicht besiedelt sind. So würde die Evakuierung von New York City gute vier Tage benötigen, unter Verwendung aller Transportmöglichkeiten für rund 11 Millionen Menschen! Und in einigen Jahren wird die ganze Lage wieder eine ganz andere sein . . .

35. F: Sind «Probeaufführungen» der KU vorgesehen?

A: Für die Öffentlichkeit sicher nicht, jedoch für die wichtigsten staatlichen und lokalen Beamten, die für eine KU verantwortlich sind. Die Grundlage wäre eine simulierte Umsiedlungsaktion.

36. F: Wären die Kosten nicht immens hoch, und wer bezahlt sie?

A: Gewiss wären die Aufwendungen enorm. Man denke nur an die (verlorenen) Löhne und Saläre, fehlenden Steuereingänge, Nahrungsmittelbeschaffung, Pflege und Unterkunft, Schutzraumbeschaffung, um nur die wichtigsten zu nennen. Man hat die täglichen Kosten auf mehr als 2 Mrd. Dollar geschätzt. Wenn aber bei einer realen nuklearen Gefahr bis zu 80 % der Bevölkerung gerettet werden könnten, ist es diesen Einsatz wert. Dafür aufkommen müsste die Landesregierung. Es ginge ja um die «nationale Verteidigung».

37. F: Die KUP scheint voller Wenn und Aber. Wie viele Leute würden evakuieren, wie viele Tage würde es dauern, wie würde die Lebensmittelverteilung spielen, und wie viele Menschen würden sich richtig benehmen? Wie reagiert man, wenn die Leute meinen, das Ganze sei ziemlich lächerlich?

A: Eine kurze Antwort wäre, dass die Leute es lächerlich fänden, wenn man *nichts* unternehmen würde. Und wenn man die Wenn und Aber nicht will, dann bliebe nur die Erstellung der teuren Schutzräume – für etwa 60 Mrd. Dollar. So bleibt die KU als relativ billige und doch lebensrettende Lösung bestehen. Ausschlaggebend bleibt, wie gut die KU funktionieren wird. Die Verantwortung liegt bei der Regierung. Im Falle der Anwendung liegt es am Bürger, ob er den offiziellen Vorschriften Folge leistet oder nicht.

. . . Die beiden nächsten Fragen betreffen die erwähnte Reaktion der Menschen in einer KU bzw. was die Amerikaner überhaupt zur KUP meinen. Da stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Zivilverteidigung (oder der Zivilschutz) an sich sinnvoll ist und in jedem Falle 100prozentig funktionieren muss, um ihn zu rechtfertigen. Auch Sitzgurten im Auto retten nicht in *jedem* Falle die Fahrgäste . . . Das gleiche ist, makabrerweise, von allen militärischen Systemen zu sagen. Schliesslich ist diese Betrachtungsweise auch auf die KU zu übertragen. Wenn auch nur etwa vier Fünftel der Bevölkerung vor einem schrecklichen Schicksal bewahrt werden können, so hat sich der Aufwand gelohnt. Ein Schutzraumbauprogramm hätte heute wenig Aussicht auf Verwirklichung. Dazu würde es bis zur Vollendung nach den Erfahrungen in der Schweiz viele Jahre brauchen, und während der Bauzeit müsste man ohnehin die Evakuationsplanung an die Hand nehmen. Hinzu käme, dass im Falle einer ernsthaften Nuklearkrise sehr wahrscheinlich Millionen Amerikaner aus eigenem Antrieb die Flucht in sicherere Gebiete ergreifen würden. Auch dann wäre es vorteilhaft, vorher rechtzeitig die KUP betrieben zu haben.

Die Fragen 39 und 40 behandeln im Oktober und November 1978 bei 1620 erwachsenen Amerikanern beiderlei Geschlechts durchgeführte Meinungsumfragen über die KU und die ZV im allgemeinen. Die Hauptresultate sind:

67 % der Befragten glauben, eine Krise sei denkbar, bei welcher der Präsident die KU anordnen müsste.

78 % sind der Meinung, die USA müssten eine KUP haben.

70 % würden den Anordnungen Folge leisten, und viele andere würden aus eigenem Antrieb, ohne Weisungen abzuwarten, evakuieren.

78 % sind der Ansicht, die USA sollten nicht einseitig die Zivilverteidigung (ZV) aufgeben.

66 % sind dagegen; die USA und die UdSSR sollten ein Abkommen tref-

fen, beidseitig die ZV abzuschaffen.
Interessanterweise schätzten die Befragten, dass Amerika jährlich etwa zehnmal soviel für die ZV ausgebe als tatsächlich, nämlich rund 1 Mrd. Dollar jährlich. Sie waren auch der Ansicht, dass fast das Doppelte aufgewendet werden sollte.
Weitere Ergebnisse der Umfragen waren:
88 % verfügten im Falle einer KU über einen Wagen, und von den andern könnten sich zwei Drittel auf Verwandte, Freunde oder Bekannte verlassen.
58 % könnten bei Verwandten oder Freunden innerhalb 160 km Umkreis wohnen, und dies nicht in einer andern Stadt.
50 % verfügten im Notfall über genügend Nahrungsmittel für 14 Tage oder mehr. (Unverderbliche Lebensmittel würden wahrscheinlich in den Autos mitgenommen.)
71 % hätten genug Geldmittel, um im Aufnahmegebiet während zweier Wochen zu leben, sofern sie nicht für die Unterkunft bezahlen müssten.
33 % besitzen eine Campingausrüstung.
12 % sagten, dass sie über persönliche Evakuationserfahrungen verfügen (über bis zu 18 km Entfernung und eine Dauer von bis zu 12 Tagen durchschnittlich).
11 % haben bereits einmal Unterkunft für Evakuierte zur Verfügung gestellt.
75 % glauben, dass die nationalen Gemeinschaften aller Art bei der Aufnahme und Hilfeleistung (für Evakuierte) mitmachen würden (Gemeinden, Distrikte, Bezirke usw.).
79 % sind der Meinung, dass die Bauern und andern Bewohner ländlicher Gegenden helfen würden.
82 % sind überzeugt, dass ihre eigenen Gemeinden Flüchtlinge aufnehmen würden. (73 % würden selber Evakuierte in ihre Häuser aufnehmen.)
Eine geplante Vorausreservierung von Unterkünften bei Privaten in den Aufnahmegebieten ist nicht vorgesehen. Wie bereits erwähnt, soll nur unbewohnter Raum in Schulen, Kirchen, Motels usw. benützt werden. Trotzdem ist mit viel Helferwillen bei Verwandten und Freunden und auch Fremden zu rechnen. In der Not erweist (und erwies) sich der Amerikaner als gastfreundlich und hilfsbereit.
Weitere Fragen erwähnen, dass die russische Evakuationsplanung keinen Einfluss auf die amerikanische hatte. Die ersterwähnte begann schon Mitte der sechziger Jahre. Übrigens haben auch Schweden und Norwegen die KU vorgesehen. Die Telefonbücher dieser Länder enthalten auf speziellen Seiten entsprechende Hinweise und Ratschläge für die Bevölkerung.
Die Fragen (und Antworten) 45–50 befassen sich mit dem Stand, den Kosten, den Terminen und den Verbesserungsmöglichkeiten der KUP in den USA. Bereits 1970 unternahm man erste Untersuchungen zu diesem Thema. Ein erster Prototyptest wurde 1973 in San Antonio durchgeführt. 1974/75 wurden in acht Gemeindebezirken örtliche Pilotversuche durchexerziert. Aufgrund der Ergebnisse wurde 1976 das Bundesamt für Zivile Bereitschaft durch das Verteidigungsministerium beauftragt, die KUP in Zusammenarbeit mit den Staaten offiziell zu beginnen. Seit März 1979 wird in allen Staaten an der KUP gearbeitet. In den USA gibt es rund 400 sogenannte «Risikogebiete». In 60 kleineren davon, für über 250 Aufnahmegebiete, wurden die ersten Pläne erstellt. Die Priorität liegt dabei in den Gemeinden in der Nähe strategischer Nuklearwaffenanlagen, wie zum Beispiel ICBM-Raketen, Bomberbasen und nuklearen U-Booten.
Die erwähnten 60 Risikogebiete enthalten rund 10 % der gesamten Risikobevölkerung der USA.
Das KUP-Programm beschäftigt etwa 140 Berufsplaner, die meisten davon als staatliche Angestellte, die durch die Bundesregierung bezahlt werden. Die Aufwendungen pro 1979 für die Planungsarbeiten und die laufende Schutzraumerhebung belaufen sich total auf rund 10 Mio. Dollar. Man schätzt, dass die Arbeiten für die KUP etwa gegen Ende 1980 beendet sein werden. Zu diesem Zeitpunkt müssten die zuerst erstellten Pläne neu überarbeitet werden (aufdatieren). Verständlicherweise muss die Planung möglichst einfach und rasch durchgeführt werden, da durchschnittlich drei Planer pro Staat arbeiten, und dies für rund 400 Risikogebiete total und mehr als 1500 Aufnahmegebiete.
Gegenwärtig werden bei der staatlichen Planung hauptsächlich die Lebensmittelverteilung (und die Verteilung und Zulieferung anderer wichtiger Güter) in Zusammenarbeit aller damit verbundener Instanzen und Spezialisten sowie die Unterstützung und Hilfestellung durch die staatliche Polizei für die Umsiedlung (Verkehrsplanung und -regelung) bearbeitet.
Die örtliche Planung befasst sich in den Aufnahmegebieten mit Verkehrs- und Parkierungsfragen, mit der temporären Unterbringung und Ernährung der Evakuierten sowie mit dem AC-Schutz.
In den Risikogebieten wird der Evakuationsablauf, der Pendelverkehr der Arbeiter und der Schutz gegen Druckwirkungen bei möglichen Angriffen geplant und bearbeitet. Dazu gehört auch die Vorbereitung von Landkarten und Stadtplänen sowie von Anweisungen an die betroffene Bevölkerung, die dann im Ernstfall in der örtlichen Presse veröffentlicht werden soll.
Im Rahmen des laufenden verstärkten ZV-Programmes und in einer späteren Phase einer forcierten Krisen-Umsiedlungsplanung (KUP) würden die gegenwärtigen Anstrengungen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Industriebetrieben und Werken, die bei einer KU eine Schlüsselrolle spielen – wie zum Beispiel Nahrungsmittelindustrie, Nachrichtenmedien, Raffinerien, Rüstungsindustrie, EW, Polizei und Feuerwehren und Banken – vertieft und beschleunigt. Dazu gehört auch die Bezeichnung und Bestimmung der Spezialisten und Arbeiter, der Aufnahmegebiete, der Pendelmöglichkeiten, des Schutzes gegen die Druckwirkung und vieles andere mehr.
Gleiche oder ähnliche vermehrte Anstrengungen gäbe es in den Aufnahmegebieten unter Mitwirkung von Lehrkräften, Gesundheitsbehörden, Spitälern usw. Sowohl in den Risiko- wie in den Aufnahmegebieten müssten lokale KU-Übungen mit den Verantwortlichen durchgeführt werden. Hand in Hand mit diesen KU-Arbeiten gingen und gehen noch die Vorbereitungen für den Schutz an Ort, wenn im Falle die KU nicht zum Tragen kommen sollte. Auch dabei arbeiten die Planer mit Polizei, Feuerwehren, AC-Schutzkräften, Spitälern und Medien usw. zusammen.

Noch sehr vieles ist heute unvollkommen und bedarf weiterer Planung und Übung. Die Operationspläne für den nuklearen Katastrophenfall decken sich oft nicht mit den Anforderungen an die lokalen Kommandoposten oder mit der Organisation der vorhandenen Schutzräume (SR-Leitungen, Schutzplatzzuteilung und dergleichen). Diese Verbesserungen kommen naturgemäss auch jeder andern Katastrophe in Friedenszeiten zugute. Dazu gehört aber auch der sogenannte «nukleare Zivilschutz» für die Ausrüstungen und Einrichtungen der Industrie, was in einigen Jahren von grösster Wichtigkeit sein kann. Alles in allem wären solche Verbesserungen und Beschleunigungen für die Wirksamkeit der KUP nur von Vorteil, sollte die eventuelle Krisenumsiedlungsplanung schon Mitte der achtziger Jahre bereit sein anstatt erst in zehn oder mehr Jahren.

51. F: Ist die KUP die einzige Antwort, um 80 % oder mehr der Einwohner in einer Krise von einer Woche Dauer das Überleben zu gewährleisten?
A: Ganz bestimmt nicht. Die Planung (zumeist auf dem Papier) ist nur der Ausgangspunkt, aber ein ausschlaggebender. Wichtig ist später die Ausführung bzw. die Fähigkeit dazu. Es brauchte noch regelmässige Übungen des Schlüsselpersonals in den Staaten und Örtlichkeiten, mehr detaillierte Schutzraumpläne, Unterstützung durch Hilfssysteme in verschiedenen Bereichen, wie Führung und Kontrolle, AC-Schutz, Katastrophenaufklärung der Öffentlichkeit, Ausbildung und auch entsprechendes Material.
Die «Papierplanung» allein könnte vielleicht 40 % der Bevölkerung Rettung bringen, wenn zum Beispiel 1985 ein Angriff erfolgen würde.

52. F: Was würde ein ausgeglichenes ZV-Programm kosten?
A: Das durch den Verteidigungsminister vorgeschlagene Programm ist ein solches. Würde es über eine Periode von sieben Jahren durchgeführt, betrügen die jährlichen Kosten etwa 230 Mio. Dollar während der ersten fünf Jahre und etwas mehr in den zwei verbleibenden. Das Programm würde umfassen: Planung des nuklearen Zivilschutzes, detaillierte Planung für die Vorbereitung der Evakuationsschutzräume, Übungen mit den staatlichen und lokalen Verantwortlichen sowie Entwicklung aller notwendigen Hilfssysteme für das Überleben der Evakuierten und der an Ort Bleibenden (siehe auch Frage 51 oben). Enthalten wären auch geschützte Lager von Wasser und Medikamenten sowie die Vorbereitung von einfachen Ventilationseinrichtungen für Schutzräume. Dazu gehörte auch ein Anteil Forschung und Aufbau einer ZV-Führung auf lokaler, staatlicher und Bundesebene. Der Bau von Schutzräumen wäre ausgeklammert. Die Kosten wurden mit etwas mehr als einem Dollar pro Kopf der Bevölkerung errechnet.

53. F: Wie stellt sich ein Vergleich zum russischen ZV-Programm?
A: Das amerikanische Programm soll nicht ein Spiegelbild des russischen sein. Es hat seine eigene Berechtigung. Würden die russischen Vorbereitungen in den USA kopiert, so hätte das Kosten von rund 2 Mrd. Dollar jährlich zur Folge, oder rund 8 Dollar je Kopf in der UdSSR. Dort sind etwa 100 000 hauptamtliche Beamte mit der ZV beschäftigt, und auch ein gewisser Anteil an Schutzraumbauten ist bekannt.

54. F: Hätte ein solches US-Programm auch Vorteile für Notfälle und Katastrophen in Friedenszeiten?
A: Zweifellos, und dies in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Präsidenten (siehe auch Frage 6). Die KU wäre auch im Falle von Überschwemmungen, Flutwellen, Wirbelstürmen oder Grossunfällen mit giftigen oder radioaktiven Stoffen von wesentlichem Wert. Denkbar ist auch ein terroristischer Angriff auf eine amerikanische Stadt . . .
Es ist klar, dass nicht alle Notstände im Frieden eine Evakuation erfordern, wie zum Beispiel Windhosen (Tornados). Aber immer wieder zeigte und zeigt es sich, dass die Zivilschutz- oder Zivilverteidigungsvorbereitungen in Krieg und Frieden wertvoll sind. Das betrifft unter anderem Warn- und Alarmsysteme bei drohender Gefahr, die Verwendung von Kommandoposten für koordinierte Lebensrettungsaktionen oder den Einsatz geschützter kommerzieller Radiostationen, um die Bevölkerung schnell und kompetent zu informieren oder um ihr verbindliche Verhaltensmassregeln zu geben.
Die nächste Frage befasst sich mit dem Betriebsschutz bzw. was es mit unterirdischen Fabriken und Anlagen auf sich habe. Die Verlegung von industriellen Betrieben unter Grund oder der Bau von explosionssicheren Anlagen über Grund ist viel zu aufwendig. Es gibt aber billigere Wege, um nicht die Fabriken selber zu schützen, hingegen die teuren und kritischen Ausrüstungen und Maschinen *in* denselben. Schadenstudien in Hiroshima und Nagasaki sowie Nukleartests haben gezeigt, dass nur durch die Druckwirkung allein schwere Maschinen kaum zu beschädigen sind. Viel häufiger entstehen Schäden durch herumfliegende Trümmer oder durch Brand. Das führte zur Sandsackmethode (abdecken) oder noch einfacher: Einfetten der Maschinen, darauf einhüllen mit Tüchern oder Plastic und das Ganze mit Erde zudecken. Eine amerikanische Firma der Raumfahrtindustrie hat dieses Verfahren in grossem Massstab ausprobiert und erzielte eine ausgezeichnete Schutzwirkung gegen Druck (Explosion). Die Erde bildet unter dem Druck eine Art Schutzbogen, ähnlich wie die Überdeckung eines Abzugkanals unter einer Hauptstrasse. Bei rechtzeitiger Planung könnte die Erdmethode noch während einer Krise vorgenommen werden – selbstverständlich nur in Anlagen, wo dies möglich ist (also nicht z. B. in einer Raffinerie oder einem EW). Die Forschung ist am Werk, auch noch andere Methoden zur Erhöhung der Überlebenschancen industrieller Ausrüstungen und zur Verbesserung der Produktionsaussichten nach einem Angriff zu finden.
Im weiteren wird ausgeführt, dass auch andere Departemente und Instanzen der Landesregierung die KUP unterstützen (Landwirtschaftsministerium, Reservenverwaltung, Finanzdepartement, PTT). Zudem wird im laufenden Jahr das neue Bundesamt für die Bewältigung von Katastrophen (Federal Emergency Management Agency, FEMA) organisiert, was der ganzen Katastrophenvorsorge entscheidenden Auftrieb verleihen wird, und zwar auf allen Ebenen.

57. F: Wie würde die Welt für die Überlebenden nach einer KU und einem nachfolgenden nuklearen Angriff aussehen?
A: Sehr düster . . . Ein grosser Teil der amerikanischen Industrie sowie der wichtigeren Städte wäre zerstört oder beschädigt. Es gäbe Knappheit und Mangel aller Art und in einigen Gebieten andauernde Verstrahlungsgefahren. Trotz allem zeigen Untersuchungen und Studien, dass die Einwirkungen dieser Erscheinungen geringer wären als die vorangegangenen Wirkungen von Druck, Hitze und radioaktivem Niederschlag. Dabei spielte die vorher betriebene Planung und Vorbereitung eine grosse Rolle – je besser, je weniger Schadenwirkung. Das wäre auch mitentscheidend für die Nachangriffs- und Wiederherstellungsphase.

58. F: Alles zusammengenommen – könnte man sagen, dass die KUP oder die Möglichkeit eines Nuklearkrieges so weit hergeholt scheinen, dass das fast als barbarisch oder zum mindesten seltsam bezeichnet werden müsste?
A: Wenn man sich vorstellt, dass etwa 110 Millionen Amerikaner während mehrerer Tage ihre Heimstätten verlassen, tönt dies tatsächlich unvorstellbar.
Anderseits ist es auch kaum vorstellbar, eine schwere Krise mit Evakuation unserer Städte zu haben, ohne dass Pläne oder die Fähigkeit zur Durchführung der letzteren vorliegen! Der nukleare Zivilschutz, eingeschlossen die Krisen-Umsiedlungsplanung (KUP), sind eine notwendige Versicherungspolice in einer ungewissen Welt. Wohl denken die Amerikaner hie und da an die Möglichkeit eines Nuklearangriffs – aber nicht an die ZV. Sie meinen, das sei Sache der Regierung (was stimmt), und persönlich könne man da nicht viel beitragen. Wenn man aber herumfrägt, sind die meisten Leute für eine starke ZV.

59. F: Ich bin immer noch skeptisch. Ich kann mir nicht ganz vorstellen, dass ein amerikanischer Präsident die Umsiedlung unserer städtischen Bevölkerung anordnet, wie schlimm auch die Lage sein sollte.

A: Möglicherweise ist das richtig. Aber vielleicht kann uns hier etwas Geschichte helfen. 1978 berichtete S. L. Pittman, Stellvertretender Verteidigungsminister von 1961 bis 1964, in einem Interview folgendes:

«Es ist interessant, dass Präsident Kennedy während der Kubakrise persönlich die ZV-Frage anschnitt. Er zog eine konventionelle militärische Aktion gegen Kuba in Erwägung, um die Raketenstellungen zu zerstören. Soviel ich weiss, war er der einzige des «Komitees», der die ZV aufs Tapet brachte. Er fragte nämlich, ob es möglich wäre, Miami oder andere Küstenstädte Floridas zu evakuieren, im Falle Kuba mit konventionellen Waffen zurückschlagen würde. Ich wurde in die Sitzung gerufen und musste ihm melden, dass dies nicht durchführbar sei, weil wir über keine genügenden Evakuierungspläne verfügten . . .»

Die Geschichte wiederholt sich selten. Aber was wäre, wenn sich eine nukleare Konfrontation ereignen würde mit einer noch nie dagewesenen Spannungslage und mit beginnender Evakuation der russischen Städte? Im übrigen stipuliert die Entscheidung des Präsidenten (siehe Frage 6): «. . . Das Programm muss die Planung für eine Umsiedlung der Bevölkerung (KUP) in Zeiten einer internationalen Krise enthalten . . .» Es scheint daher klar, dass wir wenigstens die Wahlmöglichkeit der Bevölkerungsumsiedlung haben sollten – obwohl wir hoffen, sie nie anwenden zu müssen.

Auf alle Fälle ist es von Bedeutung, dass im einzigen nuklearen Konflikt, den die Welt je hatte, der amerikanische Präsident sich um die Zivilverteidigung sorgte – und die Idee der Umsiedlung der Bevölkerung während der Krise war seine ganz spezielle Sorge . . .

Zivilschutz in der Sowjetunion

Harte Lehrgänge in Zivilverteidigung

Von Barton Reppert, Moskau

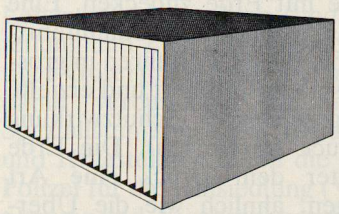
Gasmasken, Beatmungsgeräte, Ausrüstungen zum Schutz gegen chemische Kriegführung, Gegenmittel gegen Nervengas, Schutzräume gegen atomaren Niederschlag: diese Dinge finden sich nicht nur in den Arsenalen der Streitkräfte des Warschauer Paktes, sondern gehören auch zum Zubehör der 53 000 sowjetischen Lager für junge Pioniere, in denen in diesem Sommer die Kinder des Landes zwischen 7 und 15 Jahren ihre Sommerferien verbrachten. Diese Pionierlager sind alles andere als Feriencamps im westlichen Sinne, wo Pfadfinder und Mitglieder des Christlichen Vereins Junger Männer Sport treiben, Schnitzeljagden veranstalten, wandern und am prasselnden Lagerfeuer romantische Lieder singen.

In der Sowjetunion werden die Kinder und Jugendlichen in den Pionierlagern mit den grausigen Realitäten von Atomkrieg und Kampf mit chemischen und bakteriologischen Waffen vertraut gemacht. Sie üben Zivilverteidigung. Es geht darum, den theoretischen Unterricht im Klassenzimmer durch praktische Übungen im Zivilschutz in den Pionierlagern zu ergänzen. Dazu gehören der richtige Umgang mit der ABC-Schutzmaske, das Ausheben von Schutzgräben, das schnelle Handeln nach einer Angriffswarnung und die radioaktive, bakteriologische und chemische Dekontamination.

Eine Sprecherin der zentralen Pionierorganisation in Moskau, Walentina Jermilowa, berichtet, dass jeden Sommer 13 Mio. sowjetische Jugendliche ihre Ferien in Pionierlagern verbringen. Informationen darüber, wie viele von ihnen an den Lehrgängen für Zivilverteidigung teilnehmen, sind jedoch nicht zu erhalten. Die Ausbildung der Pioniere ist Teil der sowjetischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Zivilverteidigung, in der nach westlichen Schätzungen über 100 000 Personen hauptberuflich tätig sind. In einem 1978 vom amerikanischen Geheimdienst CIA veröffentlichten Bericht hiess es, die Sowjets hätten über 15 000 atombombensichere Schutzräume gebaut. Bis 1985 sollen die Unterstände 15 bis 30 % der Bevölkerung aufnehmen können. Der Rest soll in einem Kriegsfall in ländliche Gebiete evakuiert werden. Das sowjetische Programm kostet nach Schätzungen der CIA weit über 3 Mrd. Franken jährlich. Die USA geben für Zivilschutz im Gegensatz dazu pro Jahr lediglich etwa 180 Mio. Dollar aus. Schutzräume für grosse Teile der Bevölkerung fehlen völlig. Nach Angaben aus Washington sind auf Bundesebene 550 Personen hauptberuflich mit der Zivilverteidigung beschäftigt, 3600 auf Ebene der Bundesstaaten und Kommunen. 2200 Freiwillige arbeiten zeitweilig in der Zivilverteidigung.

«Solothurner Zeitung»

Luft-entfeuchter



In verschiedenen Grössen mit kleiner und grosser Leistung, kompakt gebaut, auch für Kanalanschluss und Zusatzlufterhitzer erhältlich.

Beratung und Verkauf:
KW-Technik, 3052 Zollikofen
Starenweg 6, Telefon 031 57 35 89

Mobiliar
für
Zivilschutzanlagen
Militärunterkünfte
Beratung – Planung – Ausführung
H. NEUKOM AG
8340 Hinwil-Hadlikon ZH
Telefon 01 937 26 91